

Energiegenossenschaft ist willkommen

Rosenthaler Investoren Dieter und Sandra Kappenstein stellen ihre Pläne für ein Nahwärmenetz vor

Die Investoren wollen kostendeckend arbeiten, damit der Wärmepreis so günstig wie möglich ist.

VON DR. KARL SCHILLING

Rosenthal. „Wir sind nicht darauf aus, den Menschen das Leben schwer zu machen“, sagt Sandra Kappenstein. Mit Sorge sieht sie, wie sich die Diskussion um ein Nahwärmenetz in der Stadt emotional aufschaukeln scheint – siehe den FZ-Bericht vom vorigen Donnerstag. „Wir verlassen die konstruktive Ebene.“ Zu Versachlichung der Debatte stellen sie und ihr Mann Dieter Kappenstein ihre Position in der Öffentlichkeit dar.

Wie fing alles an? Die Kappensteins besitzen neben ihrem Haus am Moosberg noch ein Mietshaus mit vier Parteien. Auch sie kennen das Ärgernis steigender Heizölpreise. Als sie im Sommer 2011 erneut tanken mussten, begannen sie zu überlegen, wie sie Energie günstiger beziehen könnten. So kamen sie auf die Idee eines Nahwärmenetzes für die Stadt, das mit erneuerbaren Energien betrieben werden sollte. Viessmann-Mitarbeiter Dieter Kappenstein setzte dabei – auch wegen der Preise – auf Biogas.

Wertschöpfung in Rosenthal

„Unsere Nachbarkommunen sind da schon weiter“, stellt er fest. Rosenthaler Landwirte führen ihr Substrat bis nach Grüten oder Mellnau, wie Berichteten sollten sie auch die Biogasanlage in Frankenberg beliefern. Kappenstein fragte sich, ob es nicht sinnvoller sei, das Substrat und damit Wertschöpfung in der Stadt zu lassen – und lange Transportwege zu vermeiden. Nach seinen Berechnungen lässt sich eine Anlage in Rosenthal mit Pflanzen betreiben, die in einem Umkreis von drei Kilometern um den Standort angebaut werden.

Dieter Kappenstein suchte als Erstes das Gespräch mit heimischen Landwirten, denn: „Ohne Flächen kann eine Biogasanlage nicht funktionieren.“ Rund 120 Hektar würden benötigt, das entspreche acht Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Rosenthals. Er bekam die Rückmeldung: „Das ist machbar.“ –



Sandra und Dieter Kappenstein am vorgesehenen Standort für die Biogasanlage und das Blockheizkraftwerk, das ein Nahwärmenetz in Rosenthal versorgen soll. Im Hintergrund ist der Moosberg zu erkennen, rechts liegt die Firma Böhl. Foto: Schilling

Nächster Schritt: Was sagen die Behörden? Am 28. August 2011 stellten die Kappensteins eine Bauvoranfrage bei der Kreisverwaltung. Sie bezog ihre Fachdienste für Naturschutz und Landwirtschaft und erste Träger öffentlicher Belange ein.

Außerdem sprach Kappenstein bereits mögliche Wärmeabnehmer an, Harald Böhl etwa, auch die Stadt. Auch da bekam er positive Rückmeldungen. Am 27. Oktober lud er Bauern zu einer Versammlung ein, um ihre Bereitschaft zur Pflanzenlieferung abzuklopfen, auch da sei das Ergebnis positiv gewesen, berichtet er.

Ende 2011 kam dann die Antwort aus dem Kreishaus: Für eine Biogasanlage an der Willershäuser Straße müsse die Stadt die Bauleitplanung ändern. Außerdem müsse eine Machbarkeitsstudie vorgelegt werden.

Wie berichtet, hat die Stadt bei Viessmann eine Konzeptstudie für ein Nahwärmenetz auf der Basis einer Biogasanlage und eines Blockheizkraftwerkes in Auftrag gegeben. 50 Prozent der Kosten trägt die Region Burgwald/Ederbergland über das „Leader“-Programm der Europäischen Union. Hausbesitzer wurden nach ihrem Wärmebedarf und ihrem Interesse an den Anschluss an ein Netz befragt. Wie vorige Woche bei einer Versammlung der Bürgerinitiative bekannt wurde, rechnet sich

das Netz laut Studie. Ihnen liege die Studie noch nicht vor, sagten die Kappensteins gestern. „Das ist unser aktueller Stand.“

Sie ärgert der bei der Versammlung erhobene Vorwurf, sie wollten auf Kosten der Allgemeinheit Gewinne machen. Das sei nie die Absicht gewesen, beteuert Sandra Kappenstein: Es sei immer darum gegangen, kostendeckend zu arbeiten und den Wärmepreis für alle so günstig wie möglich zu gestalten: „Wir wollen Rosenthal bereichern – nicht uns.“

Darum seien sie auch auf den Standort an der Willershäuser Straße gekommen: Es gehe um Fördergelder, die Baukosten senken sollen. Wie berichtet, soll der Hauptstrang des Nahwärmenetzes entlang der Straße verlaufen, dort liegen zwischen der Firma Böhl und der Kulturhalle mögliche Großabnehmer.

Ein anderer Standort sei durchaus möglich, erklären sie. Nur: Das bedeute wegen längerer Leitungen ohne angeschlossene Abnehmer auch einen Verzicht auf Fördergelder und höhere Baukosten. Aber gerade die sollten doch möglichst niedrig gehalten werden, damit alle von günstigen Preisen profitieren. Dieter Kappenstein: „Wer bezahlt den Ausfall?“ Letztlich werde die Wärme teurer.

Ein Standort sinnvoller

Die Bürgerinitiative schlägt vor, die Biogasanlage wie in Oberrospeh weit weg von Wohnhäusern zu bauen und sie per Gasleitung ans Blockheizkraftwerk anzuschließen. „Technisch ist vieles machbar“, entgegnete Dieter Kappenstein. Aber auch das sei eine Frage der Kosten. Es sei möglich, das Blockheizkraftwerk als „Satellitenanlage“ fern von einer Biogasanlage zu betreiben. Techniker bei Viessmann hielten aber einen Standort für sinnvoller, schon, um bei Störungen schnell reagieren zu können, erklärt er.

Weiterer zentraler Punkt: „Eine Energiegenossenschaft war für uns von Anfang an ein Thema“, betont Sandra Kappenstein. „Wir wollen doch die Bürger beteiligen.“ Nur: Als Leiterin des Ordnungsamtes in der Alendorfer Gemeindeverwaltung hat sie an der Gründung der Bioenergiegenossenschaft im oberen Edertal mitgewirkt, daher kennt sie auch die Prozeduren und die Suche nach ausreichend vielen Mitgliedern.

Einmalig 6000 Euro mussten die Oberrospher für den Beitritt zahlen, die Summe lasse manche zögern, weiß sie. Doch ohne genügend Genossenschafter fehle Kapital, was die Kreditbeschaffung erschwere. Auf der anderen Seite: „Wir wollten loslegen, um voranzukommen“,

erläutert sie. Deshalb hätten sie sich entschlossen, als Investoren aufzutreten – um den Preis einer hohen Verschuldung. Trotzdem sei immer noch eine Genossenschaft möglich.

Auch den Landwirten habe er im Oktober 2011 angeboten, sich an der Biogasanlage zu beteiligen, sagt Dieter Kappenstein. Auch beim Betrieb würde er sie gern dabei haben – mit diesem Modell hat der Waldeck-Frankenberg Maschinenring bereits gute Erfahrungen gesammelt. Drei bis vier Arbeitsplätze könnten entstehen, der Betrieb der Anlage müsse rund um die Uhr gesichert sein.

Die Anlage werde so gut wie nicht zu sehen sein. Sie werde mit einem Wall umgeben, der bepflanzt werde, sagt er. Und die befürchteten Mais-Monokulturen? Der Mais werde auch jetzt schon angebaut, weil er den Landwirten den größten Erlauf einbringe. Der Anteil in einer Biogasanlage sei gesetzlich auf 60 Prozent begrenzt.

Zu den befürchteten Geruchs- und Geräuschbelastungen der Anwohner verweist Sandra Kappenstein auf die gesetzlichen Grenzwerte: Würden sie nicht eingehalten, werde die Biogasanlage nicht genehmigt. Aber wenn sie genehmigt werde, könne sie auch gebaut werden – diesen Grundsatz hatte auch Bürgermeister Hans Waßmuth bei der Gründungsversammlung der Bürgerinitiative im Sommer vertreten.

Nicht nur Biogas

Außerdem sei von Anfang an nicht nur eine Biogasanlage geplant gewesen, hebt Dieter Kappenstein hervor. Um die 100-prozentige Vollversorgung sicherzustellen, müsse ohnehin zur Sicherheit und für die Spitzenlastzeiten ein zweites Kraftwerk zur Verfügung stehen, das mit Öl, Pellets oder Hackschnitzeln betrieben werden könne.

Deshalb hätten sie auch immer von einem „Bioenergiezentrum“ gesprochen, nicht von einer Biogasanlage, fügt Sandra Kappenstein hinzu. Solaranla-

gen und ein Hackschnitzel-Ofen seien bereits vorgesehen gewesen, und das Gelände bietet Platz für weitere Kraftwerke. Auch das Nahwärmenetz lasse sich ausbauen, wenn genügend Abnehmer da seien – die Altstadt lasse sich durchaus anschließen.

Auch Rosenthal könne, wie es Marburg-Biedenkopf anstrebe, seinen Energiebedarf selbst decken, findet Dieter Kappenstein. So solle allein die Biogasanlage mit ihren 250 Kilowatt Leistung bereits Strom für 400 bis 450 Haushalte liefern.

„Aber wir müssen einen Anfang schaffen“, betont Sandra Kappenstein. Am 25. September hätten sie bei der Stadt einen Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet links der Willershäuser Straße gestellt. Die Bauleitplanung könne in einem halben Jahr abgeschlossen sein, parallel dazu soll der Bauantrag laufen. Zur Heizperiode 2013/14 könnte das Nahwärmenetz vielleicht stehen, sofern es keine Klagen gibt, was die Bürgerinitiative bereits angedeutet hat.

„Offen für Gespräche“

„Wir sind offen für konstruktive Gespräche“, betont Sandra Kappenstein. Sie ärgert, dass „bewusst Unwahrheiten verbreitet werden“, statt sich „mit uns an einen Tisch zu setzen. Wir wollen doch alle das Gleiche.“

Zum jetzigen Stand seien allerdings keine weiteren Fakten bekannt. „Wir sind noch in der Planungsphase“, sagt Sandra Kappenstein. „Wir wissen nicht, wie teuer die Trasse wird, deshalb können wir keine Zahlen nennen“, erklärt ihr Mann.

Und wenn noch eine Genossenschaft gegründet würde? „Wunderbar, wir schließen uns gerne an“, kommentiert Dieter Kappenstein. Es sei auch möglich, erst ein Hackschnitzel-Kraftwerk zu bauen und eine Biogasanlage eventuell später. „Aber es muss angefangen werden.“ Um alles abzuklären, müsse es Gespräche geben, sagt Sandra Kappenstein. „Aber bei uns ist noch keiner gewesen.“



Blick auf die Willershäuser Straße in Rosenthal. Wo die Wiese am oberen Bildrand endet und der Acker beginnt, ist der Bau des „Bioenergiezentrums“ geplant. Rechts oben liegt der Moosberg, dort wohnen Mitglieder der Bürgerinitiative. Fotos: Archiv



Im benachbarten Grünen läuft bereits eine Biogasanlage.